

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 1 | JANUAR 2011

PARTEIPROGRAMMATIK
Grundsatzdiskussion angekündigt

INNOVATIONSFÖRDERUNG
Patrick Kurth organisiert Symposium

BÜRGERPAUSCHALE
Gesundheitswirtschaft als Chance



Bundeswehr in Thüringen

FDP sorgt sich um Standorte

FDP 
THÜRINGENgerecht

Liebe Leserinnen und Leser,



‘alten Ländern’ – in einem sehr guten bis hervorragenden Zustand. Davon haben sich unser Landesvorsitzender, unser Generalsekretär, nahezu alle unsere Abgeordneten sowie kommunale Verantwortungsträger und selbstverständlich unser Landesfachausschuss sowie die Thüringer DGLI-Sektion selbst überzeugt. An acht von zwölf Standorten waren wir in den vergangenen Monaten zu Gast und sprachen mit Kommandeuren, Vertrauenspersonen und vielen Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr. Dabei überwog allerorten das Lob für die Standorte und die Einbindung der Truppe und deren Familien in Vereinen und Patenschafts-Projekten vor Ort.

Elf Landkreise und kreisfreie Städte haben in Thüringen direkt mit der Bundeswehr zu tun. Sie alle haben ein großes Interesse am Erhalt der Standorte. Mitteldeutschland ist ohnehin mit deutlich weniger Bundeswehrpersonal ausgestattet als vergleichbare Flächenländer. In Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz beispielsweise ist je dreimal so viel Personal beschäftigt. In Schleswig-Holstein

Will die Bundeswehr auch weiterhin gut sichtbar in der Fläche präsent sein, muss dies jedoch ausgewogen und den militärischen Anforderungen entsprechend geschehen. Da hier insbesondere der Freistaat und seine Standorte gute Bedingungen bieten, ist es nur folgerichtig, dass die Liberalen auf Landes- und vielen Kommunalebene parlamentarische Initiativen gestartet haben. Denn spätestens im Frühjahr 2011 werden die ersten konkreten Entscheidungen hinsichtlich der Stationierungsplanung auf dem Tisch liegen – und dann sind die Würfel für oder gegen einen Standort zu meist schon gefallen.

Die FDP in Thüringen fordert von der Landesregierung, sich jetzt klar zu den bestehenden Standorten in Thüringen zu bekennen und eine weiterführende Handlungs- und Kommunikationsstrategie zu dem Thema vorzulegen. Das ist sie den Soldaten und deren Angehörigen, den betroffenen Kommunen und Landkreisen, aber auch sich selber schuldig. Denn das nächste größere Schadensereignis ließe sich – auch in Thüringen – leichter

» Das grundsätzliche Ziel, eine den neuen sicherheitspolitischen Anforderungen personell und materiell angepasste und verschlankte Bundeswehr, entspricht langjährigen liberalen Forderungen «

7.024 Soldaten und 728 zivile Arbeitnehmer sind derzeit an den zwölf Standorten der Bundeswehr in Thüringen beschäftigt. Insgesamt 106,7 Millionen Euro sind in den vergangenen zehn Jahren in den Standorten investiert worden. Die größten Investitionen – mit jeweils zweistelligen Millionenbeträgen – gab es an den Standorten Gotha, Bad Salzungen, Gera, Sondershausen, Bad Frankenhausen, Erfurt und Mühlhausen. Diese Zahlen gehen aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Landtagsfraktion hervor.

Durch die hohen Investitionen sind alle Standorte in Thüringen – gerade im Vergleich zu vielen Standorten in den

gibt es 40 Standorte, in Rheinland-Pfalz 36 und in Bayern sogar über 70.

Klar ist aber auch: Die geplanten Umstrukturierungen bei der Bundeswehr werden an den Standorten in Thüringen nicht spurlos vorübergehen. Denn die Reformschritte, vor allem die Reduzierung der Truppenstärke und die teils grundlegenden Veränderungen der Organisationsstruktur der Streitkräfte werden auch Einschnitte in der Fläche – vorrangig unter militärischen Gesichtspunkten – bedeuten. Das grundsätzliche Ziel, eine den neuen sicherheitspolitischen Anforderungen personell und materiell angepasste und verschlankte Bundeswehr, entspricht dabei langjährigen liberalen Forderungen.

mit den für den Katastrophenschutz gerüsteten Kräften der Bundeswehr vor Ort bekämpfen. Von der Rolle der Bundeswehr als wichtigem gesellschaftlichen und ökonomischen Impulsgeber ganz zu schweigen.

Ihr

Carsten Klein

Geschäftsführer FDP-Landtagsfraktion,
Vorsitzender der Thüringer DGLI-Sektion und des Landesfachausschusses Internationale Politik



„FDP diskutiert die programmatische DNA“

Landesvorstand kündigt Grundsatzdiskussion an

Der Landesvorstand der FDP Thüringen hat angekündigt, dass sich die Liberalen im Freistaat mit dem Landesparteitag 2011 intensiv mit ihren liberalen Grundsätzen und ihrer freiheitlichen Weltanschauung beschäftigen wollen. In einem Brief an Funktionsträger der Thüringer FDP schreibt der Generalsekretär Patrick Kurth, dass nach letzten Jahren der Wahlkampf vorbereitungen und inneren Reformen das Bedürfnis bestehe, sich über die „inhaltliche-programmatische DNA“ der Thüringer FDP auszutauschen.

Ziel sei es, dass sich der Landesparteitag der Liberalen im April mit ersten inhaltlichen Ergebnissen beschäftigen könne. Dort soll dann eine Programm-Kommission eingesetzt werden, die bis zum darauffolgenden Parteitag ein Grundsatzprogramm erarbeitet. „Unser Augenmerk wollen wir besonders darauf legen, was den Liberalismus in Thüringen heute ausmacht und was das für die Zukunft bedeutet“, schreibt der Bundestagsabgeordnete. Dazu wollen die Liberalen in den ersten Monaten dieses Jahres die Kreismitgliederversammlungen und damit die

Kompetenz, Anregungen und Wünsche der Basismitglieder intensiv nutzen. Diese sollen dann in ein ‘Programmatisches Zielpapier’ (Arbeitstitel; ausdrücklich kein Entwurf Grundsatzprogramm) einfließen, das vom Landesvorstand zum Landesparteitag erarbeitet wird.

Der FDP-Generalsekretär verweist in dem Schreiben zudem auf die Grundsatzdebatte der Bundes-FDP. Die programmatische Debatte der Thüringer Liberalen gehe mit dieser Hand-in-Hand. „Wir werden uns mit unseren Ergebnissen intensiv in die Grundsatzdebatte des

» Wir wollen uns öffnen für Impulse von denjenigen, denen etwas am Liberalismus liegt «

INFORMATIONEN

Unter WWW.CHANCEN-FUER-MORGEN.DE findet sich, neben einem Debattenforum, alle Informationen zur Programmdebatte des Bundesverbandes. Dazu gehören die Dokumentation verschiedener Veranstaltungen, eine Terminliste und eine wachsende Bibliothek mit Texten zur Programmdebatte. Hinweise, Anregungen und Vorschläge für die Diskussion innerhalb des Landesverbandes nimmt die Landesgeschäftsstelle gerne entgegen.

TERMINHINWEIS Der nächste Landesparteitag der Thüringer FDP ist für den 09. April 2011 in Ilmenau geplant. Genauere Informationen und die Einladung erhalten Sie rechtzeitig.

Bundesverbandes einbringen und so die Vielfalt der FDP deutlich machen“, heißt es in dem Brief. „Ein solches Grundsatzprogramm, wie es der Bundesverband derzeit diskutiert, skizziert die Grundzüge für die liberale Politik im kommenden Jahrzehnt“, erläutert Kurth. Deshalb sei es wichtig, dass sich auch die Thüringer Liberalen intensiv an den Beratungen beteiligten. „Wir wollen Liberale Politik gestalten“, verdeutlicht Kurth den Anspruch der Thüringer FDP. Die Besinnung auf Grundwerte des Liberalismus könne dabei als Kraftquelle für die kommenden Jahre genutzt werden, meint Kurth. ms

Liberale besuchen Bundeswehr in Oberhof

Informationsgespräch zur Sportfördergruppe und Sportstandortentwicklung

Der sportpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion im Thüringer Landtag, Marian Koppe, besuchte am 13. Dezember 2010 zusammen mit weiteren Vertretern

Marian Koppe MdL und Dr. Carsten Klein (Mitte) in der Sportgerätekwerkstatt.



der Fraktion die Sportfördergruppe der Bundeswehr in Oberhof. An dem Treffen mit dem Leiter der Sportfördergruppe Oberstabsfeldwebel Diederich nahmen auch der Fraktionsgeschäftsführer und Vorsitzende des FDP-Landesfachausschusses Internationale Politik Carsten Klein und die FDP-Vorsitzenden der umliegenden Kreise Michael Spörer (Suhl), Jens Panse (Gotha) und Kurt Schlenstein (Ilm-Kreis) teil.

„Die anderen Politiker kommen immer nur zum Biathlon vorbei“, freute sich Diederich über den Besuch der Thüringer Liberalen. Themen des Gesprächs waren die Sportfördergruppe und die Sportstandortentwicklung. Auch zu dem von der Landesregierung vorgelegten Handlungskonzept 'Wintersport- und Touris-

muszentrum Oberhof' informierten sich die Liberalen vor Ort. Außerdem wurden die Kasernenanlage und die Sportstätten am Grenzdler besichtigt.

Die FDP will die langfristige Präsenz der Bundeswehr in Thüringen unterstützen. Sowohl die FDP-Landtagsfraktion, der FDP-Landesfachausschuss als auch der Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth setzen sich deshalb für die Bundeswehr und deren Angehörige ein. Zahlreiche Anfragen, Truppenbesuche, Gesprächsrunden sowie jüngst ein Antrag im Landtag zum langfristigen Erhalt und zur Sicherung der Standorte der Bundeswehr in Thüringen unterstreichen dieses Engagement. „Wir wissen, wie wichtig die Bundeswehr für Thüringen ist“, so Patrick Kurth. *jp*

FDP fordert mehr Unterstützung für die Bundeswehr

Dirk Bergner: „Warten wie das Kaninchen vor der Schlange ist kein Konzept.“

Enttäuscht zeigte sich der parlamentarische Geschäftsführer und innenpolitische Sprecher der FDP im Thüringer Landtag, Dirk Bergner, über die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage seiner Fraktion 'Bundeswehrstandorte in Thüringen II'. Was uns das Innenministerium präsentiert hat, ist, gelinde gesagt, dünn“, bedauerte Bergner. „Auch wenn die Landesregierung betont, formal eigentlich

Macht sich im Bund für Standorte stark: Patrick Kurth MdB



nicht zuständig zu sein, halte ich es für das Mindeste, dass sich die Ministerpräsidentin zur Bundeswehr in Thüringen bekennt und dann den Erhalt der Thüringer Standorte konsequenterweise auch zur Chefsache erklärt“, betont Bergner, der gemeinsam mit Fraktionschef Uwe Barth die Kleine Anfrage unterzeichnet hatte. „Wenn durch die Strukturreform der Bundeswehr die Karten jetzt neu gemischt werden, steht selbstverständlich die Landesregierung in der Verantwortung, für die Thüringer Standorte zu werben und sich aktiv in das Geschehen einzubringen“, so FDP-Chef Barth. Schließlich seien gerade in Thüringen die Impulse der Bundeswehnniederlassungen vor allem für die regionale Wirtschaft und damit für heimische Arbeitsplätze besonders bedeutsam.

„Doch das ist längst nicht das Einzige, was für die Bundeswehrstandorte im Freistaat Thüringen spricht. Gerade auch militärische Aspekte dürfen bei der Diskussion nicht übersehen wer-

den“, erinnert der Ostthüringer Bergner beispielsweise an die Vorzüge des Panzerpionierbataillons in Gera. „Das ist das einzige Pionierbataillon in Deutschland, das über eine hervorragende Autobahnanbindung verfügt, wodurch innerhalb kurzer Zeit weite Strecken zurückgelegt werden können.“ Dies sei nur einer der Vorteile dieses Standortes.

Im Bund macht sich hingegen Patrick Kurth für den Erhalt der Bundeswehrstandorte in Thüringen stark. Der Bundestagsabgeordnete wies jüngst in einer Fragestunde im Deutschen Bundestag Verteidigungsminister zu Guttenberg auf die Bedeutung von Kasernen in Innenstadtlagen, die in Thüringen nicht selten sind, für die Verbindung von Bevölkerung und Armee hin. Patrick Kurth bestätigte zudem, dass in der Bundeshauptstadt von der Thüringer Landesregierung wenig zu hören sei. „Thüringen ist nicht nur Standort von 'Green Tech', sondern auch von 'Green Berets'. Das muss man wissen.“ *jp/ms*



Foto: Deutscher Bundestag,
Frank Ossenbrink

Die Attraktivität des Soldatenberufs steigern

Interview mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Hellmut Königshaus (FDP)

ThL: Herr Königshaus, Sie sind nun seit gut acht Monaten Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Wie sieht die Bilanz der ersten Monate aus?

Hellmut Königshaus: In den ersten Monaten war es mir besonders wichtig, dass ich ein realistisches Bild vom Zustand der Truppe und von den Sorgen und Nöten der Soldatinnen und Soldaten bekomme. Ich habe deshalb eine ganze Reihe von Truppenbesuchen im In- und Ausland absolviert. Mehrmals habe ich zum Beispiel unsere Männer und Frauen in Afghanistan besucht. Außerdem war ich im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina. Demnächst werde ich die schwimmenden Verbände besuchen, die vor dem Libanon und vor dem Horn von Afrika ihren Dienst leisten. Mir ist es wichtig, hautnah zu erleben, was es für die Soldatinnen und Soldaten bedeutet, im Einsatz zu sein. Am Schreibtisch erfährt man nicht, was es zum Beispiel heißt, sechs oder mehr Monate von seinen Liebsten getrennt zu sein.

ThL: Und wie fällt Ihr Urteil aus?

Königshaus: Insgesamt stelle ich fest, dass die Bundeswehr derzeit hart an ihrer Belastungsgrenze arbeitet – teilweise auch darüber hinaus. Das wirkt sich natürlich auf jede Soldatin und jeden Soldaten aus. Deshalb ist wichtig, was gerade

passiert: Wir müssen unsere Bundeswehr fit machen für die Zukunft. Denn jeder einzelne Soldat ist derzeit massiv belastet – und vieles davon ist unnötig. An manchen Standorten sind bis zu 70 Prozent unserer Soldatinnen und Soldaten zum Beispiel Wochenendpendler, weil sie ihren Familien die vielen Umzüge ersparen wollen. Hier gibt es jede Menge zu tun. Die gerade laufende Reform bietet die Chance, diese Probleme zu lösen. Diese Chance müssen wir nutzen.

» Wir müssen unsere Bundeswehr fit machen für die Zukunft «

ThL: Welche Erfahrungen haben Sie von den Truppenbesuchen mitgebracht?

Königshaus: Am meisten hat mich beeindruckt, welche Kameradschaft bei den Einheiten im Einsatz herrscht. Das gilt in Afghanistan ebenso wie bei EUFOR oder im Kosovo. Und es hat mich beeindruckt zu sehen, welchen guten Job unsere Soldatinnen und Soldaten im Ausland machen. Unter teilweise widrigsten Bedingungen leisten sie treu und tapfer ihren Dienst für unser Land. Das verdient unseren Dank und unseren Respekt. In Afghanistan musste ich aber auch feststellen, dass dort für unsere Soldatinnen und Soldaten

leider lange nicht alles zum Besten bestellt ist. Es hat sich zwar im vergangenen halben Jahr dort wirklich einiges getan, aber es fehlt immer noch an geeigneten geschützten Fahrzeugen und auch an persönlicher Ausrüstung, wie zum Beispiel Nachtsichtgeräten, für die Soldaten.

ThL: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht verliert die Bundeswehr eine wichtige Möglichkeit zur Rekrutierung ihres Nachwuchses. Was muss sie tun, um künftig ausreichend Personal zu gewinnen?

Königshaus: Die Bundeswehr hat nur eine Chance, wenn sie künftig qualifizierte Leute gewinnen will. Sie muss so attraktiv werden, dass sie im Kampf um die guten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt bestehen kann. Dazu muss sie einerseits Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten abbauen und andererseits Anreize schaffen.

ThL: Was schwebt Ihnen da vor?

Königshaus: Eines der ganz wichtigen Themen der kommenden Jahre ist die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Sie ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr: Wir müssen zum Beispiel die Zeiten der Trennung von der Familie massiv reduzieren, wir müssen mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit und Elternzeit schaffen, wir brauchen mehr Betriebskindergärten und wir müssen für die Soldatinnen und Sol-

daten längerfristig Planungssicherheit gewährleisten. Ein möglicher Schritt ist, Einheiten einer Truppengattung in einer Region zusammenzufassen. Denn warum müssen zum Beispiel Standorte von Pionieren über das gesamte Bundesgebiet verteilt sein? Mit der Folge, dass die Soldaten ständig versetzt werden, wenn sie den nächsten Karriereschritt machen wollen. Das ist, vorsichtig formuliert, nicht sonderlich attraktiv. Hier müssen wir ansetzen, um die Attraktivität des Soldatenberufs zu steigern. Da hat die Bundeswehr viel Potenzial.

ThL: Vielen Dank für das Interview.

Gesundheitswirtschaft als Chance

FDP-Modell der Bürgerpauschale kann Voraussetzungen schaffen

Die Landesregierung gibt sich viel Mühe, Thüringen als wirtschaftlich wachsendes und prosperierendes Bundesland darzustellen. Allerdings fällt auf, dass neben etlichen Konzeptpapieren, Konferenzen und Kampagnen zu etablierten Wirtschaftszweigen wie Automotive, Optik, Maschinenbau oder Fremdenverkehr kaum von zukünftigen Potenzialen die Rede ist, die außerhalb der wohlbekannten Branchen liegen. Ein besonders markantes Beispiel für den fehlenden Blick über den Tellerand ist die Ignoranz gegenüber der Gesundheitswirtschaft.

Die Gesundheitswirtschaft umfasst die Erstellung und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung von Gesundheit dienen. Dazu gehören neben Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen auch die Medizintechnik, die pharmazeutische Industrie, der Gesundheitstourismus sowie die Wellness- und Fitnessbranche. Mit einem Anteil von nahezu elf Prozent am Bruttoinlandsprodukt – also derzeit etwa 260 Milliarden Euro – ist der Gesundheitsmarkt der größte Wachstums- und Beschäftigungsmotor aller deutschen Branchen. Bereits heute stellt die Gesundheitsbranche mit 4,3 Millionen Beschäftigten jeden zehnten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Somit ist der Gesundheitssektor schon heute bedeutender als beispielsweise die Automobilindustrie mit ca. 1,1 Millionen Arbeitsplätzen (inklusive der Zulieferindustrie) und einem Anteil von 9,7 Prozent am BIP.

In Thüringen verhält es sich ähnlich. Auch hier sind nicht die Automobilindustrie oder die Nahrungsmittelindustrie die umsatzstärksten Wirtschaftszweige. Mit rund fünf Milliarden Euro Gesamtumsatz liegt die Gesundheitswirtschaft vor allen anderen Branchen (vgl. die Automobilindustrie mit 3,1 Milliarden oder die Nahrungsmittelindustrie mit 2,8 Milliarden Euro). Gerade im Bereich der Medizintechnik gehört sie zu einem der forschungsintensivsten Wirtschaftsbereiche. Sie bietet

damit gerade auch jungen und gut ausgebildeten Fachkräften eine berufliche Perspektive in Thüringen. Darüber hinaus ist die Gesundheitswirtschaft historisch eng mit dem Hochtechnologiestandort Jena verbunden und seit langem Teil der



Industrieregion Thüringen. Der positive Trend lässt sich auch an der Entwicklung der Beschäftigungszahlen ablesen. Waren 2004 in Thüringen etwa 102.400

» Ziel ist ein solidarisches Versicherungssystem innerhalb wettbewerblich organisierter Gesundheitsmärkte «

Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt, stieg die Zahl im Jahr 2006 bereits auf 106.200. Eine Studie des Hamburger WeltWirtschaftsinstitutes (HWWI) im Auftrag der Techniker Krankenkasse zeigt bis 2020 bundesweit

ein Potenzial von mehr als 1,2 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze im Gesundheitssektor. Voraussetzung dafür ist allerdings die schrittweise Deregulierung des Gesundheitssystems hin zu einem solidarischen Krankenversicherungssystem innerhalb wettbewerblich organisierter Gesundheitsmärkte. Mit anderen Worten: hin zum FDP-Modell einer Bürgerpauschale!

Der demografische Wandel, die Zunahme chronischer Krankheiten, der medizinisch-technische Fortschritt sowie die zunehmende Nachfrage nach Präventionsangeboten sind nur einige Herausforderungen der kommenden Jahre in diesem Bereich. Es bedarf ausreichend qualifizierter Fachkräfte, um die Anforderungen der dynamischen Entwicklungen im ersten Gesundheitsmarkt (im solidarisch finanzierten Gesundheitswesen) sowie im zweiten Gesundheitsmarkt (im privat finanzierten Gesundheitswesen) zu bewältigen.

Dass dies zwangsläufig bedeutet, dass sich der Bedarf an Fachkräften erhöht, zeigt vor allem das Beispiel „Pflege“. Wie Modellrechnungen zeigen, wird die Zahl der Pflegebedürftigen von 2,2 Millionen im Jahr 2007 auf 2,9 Millionen im Jahr 2020, also um ca. 30 Prozent, und auf rund 3,4 Millionen im Jahr 2030, also um mehr als 50 Prozent, steigen. Zudem dürfte die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung – bei insgesamt sinkender Bevölkerungszahl – zukünftig zu einem höheren Anteil pflegeintensiver älterer Menschen führen.

Eine Studie der Fachhochschule Jena zeigt das Problem für Thüringen deutlich. Bis zum Jahr 2020 werden in Thüringen allein in den Pflegeberufen rund 43.500 Fachkräfte benötigt, um den jetzigen Qualitätsstandard aufrecht zu erhalten. Diese Fachkräfte – und nicht nur im Bereich der Pflege – zu gewinnen, ist die vordringlichste Aufgabe, der sich Politik und Wirtschaft stellen müssen, um das Wachstumspotenzial der Gesundheitswirtschaft gerade für Thüringen optimal nutzen zu können.

rm



Wer Recht setzt, ist ihm verpflichtet

Gastbeitrag von Uwe Barth in der Thüringischen Landeszeitung

In der Debatte um die Castor-Transporte wurden an dieser Stelle vonseiten der LINKEN und der Grünen höchst bemerkenswerte Rechtfertigungsversuche für Protestformen wie das sogenannte 'Schottern' vorgetragen, welches, nüchtern betrachtet, nichts anderes als ein gefährlicher Eingriff in den öffentlichen Verkehr und mithin strafrechtlich relevant ist.

Da wird geltendes Recht als 'Ergebnis politischer und gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse' verstanden. Die Ergänzung, dass dazu auch geltende Rechtsnormen 'bewusst in Frage gestellt' werden müssten, zeigt, dass es hier nicht um den Diskurs im parlamentarischen System geht. Wohin es führen kann, wenn schleichend aus lauthals und aggressiv vorgetragene Minderheitenmeinungen (gefühlte) Mehrheiten werden, das hat die deutsche Geschichte mehr als hinlänglich gezeigt.

Durch Volkswillen legitimierte Parlamente sind als Gesetzgeber für die Regeln, nach denen sich unsere Gesellschaft organisiert, zuständig. In ihren Wahlprogrammen stellen die Parteien den Bürgern ihre politischen Ziele vor und sich damit zur Wahl. Auf diese Weise entstehen Mehrheiten. Man muss deren Inhalte auch nach der Wahl nicht teilen, aber man muss die Mehrheit respektieren. Protest, der sich in Demonstrationen äußert, ist legitim und manchmal notwendig. In aller Regel ist aber die Grenze zwischen Demonstration und Rechtsbruch klar erkennbar –, und für Rechtsbruch gibt es auch an dieser Stelle keine Rechtfertigung, mag sie auch noch so moralisch klingen.

Große Demonstrationen dienen auch immer wieder Chaoten und Randalierern als willkommene Bühne. Die Anonymität der großen Menge ist eine verlockende und willkommene Gelegenheit, uner-

kannt Straftaten zu begehen. Dies ist ein Problem, mit dem sich viele Veranstalter immer wieder beschäftigen müssen. Umso wichtiger sollte es denen sein, die Sonderrechte wie die parlamentarische Immunität genießen, ihre eigenen Demonstrationen von solchen Randalierern freizuhalten. Diejenigen, die das Recht setzen, sollten sich in besonderer Weise verpflichtet sehen, sich auch daran zu halten.

Die Proteste gegen die Castor-Transporte gehen einher mit Protesten gegen

Betreiber hätten alle Mehreinnahmen behalten dürfen. Die Brennelementesteuer von CDU und FDP bittet die Betreiber nicht nur 'zur Kasse', das Geld wird zielgerichtet in die Entwicklung und Forschung zu erneuerbaren Energien und Energiespeichern investiert.

■ „Die Erkundung des Salzstockes in Gorleben wird [...] 10 Jahre unterbrochen.“ | Damit haben sich die roten und grünen Genossen den Frieden mit den Bürgerinitiativen erkaufte, vor de-

» Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben «

die Energiepolitik der Bundesregierung. Deshalb auch dazu einige Anmerkungen: Kanzler Schröder und Umweltminister Trittin schlossen im Jahr 2000 beim sogenannten Atomausstieg einen nicht veröffentlichten Vertrag mit den Energieversorgern. Drei Punkte aus diesem Vertrag verdienen allgemeine Aufmerksamkeit.

■ „Die [rot-grüne] Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, um den Sicherheitsstandard und die diesem zugrunde liegende Sicherheitsphilosophie zu ändern.“ | Da die letzten KKW nach dem Ausstieg etwa bis zum Jahr 2030 laufen sollten, bedeutet das, dass bis zum Schluss ein dann 30 Jahre alter Sicherheitsstandard gegolten hätte. Das Energiekonzept der neuen Bundesregierung erweitert dagegen die Anforderungen an die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke und führt eine weitere Vorsorge ein.

■ „Die Bundesregierung wird keine Initiative ergreifen, mit der die Nutzung der Kernenergie durch einseitige Maßnahmen diskriminiert wird. Dies gilt auch für das Steuerrecht.“ | Das heißt, die

nen sie geflüchtet sind, als sie in Verantwortung waren, um heute wieder mit ihnen zu demonstrieren, diesmal allerdings – ungewollt – auch gegen die Folgen ihres eigenen Handelns oder besser: ihres Unterlassens.

Die Entwicklungen seit dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss zeigen, dass der Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Wer heute die Energieversorgung für unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft wetterunabhängig stabil und bezahlbar halten will, der kann auf absehbare Zeit nicht auf Kernenergie als Übergang verzichten.

Das haben FDP und CDU erkannt und in ihren Programmen zur Bundestagswahl die Rücknahme der Laufzeitverkürzung angekündigt. Beide Parteien haben eine klare Mehrheit erhalten, trotz oder vielleicht auch wegen dieser Ankündigung. Man darf das anders sehen und auch auf Demonstrationen zum Ausdruck bringen. Damit sich dies nicht sozusagen auf dem Rücken der Polizei abspielt, sollte man sich dabei an Recht und Gesetz halten.

Thema Ärztemangel im Fokus

Bundesgesundheitsminister Rösler zu Besuch bei den Thüringer Liberalen

Auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion war Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler Mitte November 2010 in Thüringen zu Gast. Selbst promovierter Mediziner, traf sich Rösler in Erfurt mit dem Arbeitskreis II der FDP-Fraktion und mit

dem Landesfachausschuss Soziales, Familie und Gesundheit zu einem Gespräch über aktuelle Fragen der Gesundheitspolitik. Ganz oben auf der Agenda: die Probleme der flächendeckenden ärztlichen und pflegedienstlichen Versorgung. Die Frage,

wie dem Ärztemangel beizukommen sei, ziehe eine Vielzahl von Maßnahmen nach sich, sagte Rösler; sie werde im kommenden Jahr höchste Priorität haben. „Noch für das erste Halbjahr 2011 ist ein großes Versorgungsgesetz geplant.“ Zur Sprache kam auch die schwierige Situation freiberuflicher Hebammen in Thüringen.

Im Anschluss besuchte der Bundesgesundheitsminister zusammen mit Marian Koppe die Saalfelder Thüringen-Kliniken 'Georgius Agricola'. Dort machte er sich ein Bild von der Arbeit einer kommunalen Klinik in Thüringen. Im Rahmen eines Rundgangs stellten Landrätin Marion Philipp und Klinik-Geschäftsführer Hans Eberhardt dem Bundesgesundheitsminister die neuen Kreißsäle und Familienzimmer vor. In einer Gesprächsrunde wurde unter anderem die drohende ärztliche Unterversorgung im südlichen Landkreis Saalfeld-Rudolstadt diskutiert. *jp*



Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (4. von links) mit dem LFA Soziales, Familie und Gesundheit.

Herausragende Schulmodelle nicht vernachlässigen

Landesfachausschuss Bildung besuchte Spezialgymnasium in Schnepfenthal

Mitglieder des Landesfachausschusses Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst der Thüringer FDP besuchten im Dezember die Salzmannschule in Schnepfenthal (Landkreis Gotha). Schulleiter Dirk Schmidt erläuterte den Teilnehmern das Konzept und die Besonderheiten des Spezialgymnasiums, das sich in Trägerschaft des Freistaates Thüringen befindet.

Hier werden seit nunmehr fast 10 Jahren sprachbegabte Schülerinnen und Schüler aus allen Regionen Thüringens, aber auch darüber hinaus, ausgebildet. Voraussetzung für den Schulbesuch ist das Bestehen einer von der Universität Erfurt fachlich begleiteten Eignungsprüfung. Ist diese Hürde übersprungen, können die Schülerinnen und Schüler mit Beginn der Klasse fünf in die erst kürzlich übergebenen Internatsräume in Schnepfenthal einziehen. Während der achtjährigen Ausbildung werden sie nicht nur auf

das Abitur vorbereitet, sondern erhalten neben den Fächern Latein und Englisch Unterricht in weiteren Fremdsprachen, sodass die Studententafel ab Klasse neun vier Fremdsprachen aufweist. Bilingualer Unterricht und Geschichtsunterricht in englischer Sprache ab Klassenstufe sieben gehören zum schulischen Alltag. Bei durchschnittlich 40 Unterrichtsstunden pro Woche muss auch der Samstag mit einbezogen werden.

Schulleiter Schmidt beschrieb den Fachausschussmitgliedern das ganzheitliche Konzept der Schule, das auch das Freizeitangebot und das Internatskonzept mit einbezieht. Die Salzmannschule habe sich durch Siege und vordere Platzierungen bei Sprachwettbewerben bundes- und weltweit einen guten Namen gemacht, so Schmidt.

In der sich anschließenden Diskussion bedauerte die bildungspolitische Spre-

cherin der FDP-Landtagsfraktion Franka Hitzing, dass aufgrund der vielen bildungspolitischen 'Baustellen' in Thüringen – unter anderem der Gemeinschaftsschule – herausragende Schulen wie die Salzmannschule eher im Schatten stehen. Unverständnis bei den Teilnehmern des Gesprächs erzeugte die Entscheidung des Bildungsministeriums, das Frühstudium abzuschaffen, das die Schule gemeinsam mit der TU Ilmenau als erfolgreiches Pilotprojekt konzipiert und durchgeführt hatte.

Da wegen der widrigen Witterungsverhältnisse an diesem Tag eine Besichtigung der Schule und des Areals nicht möglich war, nahmen die Mitglieder des Landesfachausschusses 1 gern eine Einladung des Schulleiters zu einem weiteren Besuch an. Anlass werden die Feierlichkeiten zum 200. Todestag von Christian Gotthilf Salzmann in der Woche vom 22. bis 27. August 2011 sein. *je*

Auf Tour durch den Wartburgkreis

FDP-Landtagsfraktion zur auswärtigen Fraktionssitzung in Bad Salzungen



Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion bei Ihren Firmenbesuchen bei der Tesona GmbH (links) und dem Sägewerk Pollmeier im Rahmen einer auswärtigen Fraktionssitzung im Wartburgkreis.



„Wir wollen dem Vorurteil entgegenwirken, dass Politiker nur im Wahlkampf zu den Menschen kommen“, sagte Uwe Barth am 24. November 2010 im Rahmen der öffentlichen Sitzung der FDP-Landtagsfraktion im Kurhaus Bad Salzungen. Bereits den ganzen Tag über hatten der Fraktionsvorsitzende und die anderen sechs liberalen Abgeordneten Unternehmen im Wartburgkreis besucht und Gespräche mit örtlichen Entscheidungsträgern geführt. „Wir wollten in Erfahrung bringen, wo die Menschen in Thüringen der Schuh drückt“, erklärte Barth den Grund für ihren Besuch. Weil der Wartburgkreis im Augenblick über keinen FDP-Landtagsabgeordneten verfügt, hatten die Liberalen ihre Thüringentour hier begonnen.

Aufgaben für die Politik gibt es im Wartburgkreis mehr als genug. Mit der Problematik des Kali-Abbaus und seiner Folgen für Umwelt, Wirtschaft und Tourismus beschäftigte sich ein Arbeitskreis unter der Leitung von Marian Koppe. Gemeinsam mit Franka Hitzing, der Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, und Heinz Untermann war man zunächst vor Ort in Vacha, um sich über die Folgen der Werraaversalzung zu informieren. „Hier

abzuwägen zwischen den berechtigten Interessen der Wirtschaft, der Arbeitnehmer, des Umweltschutzes und der Tourismusbranche – das ist sehr schwierig“, sagte die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Franka Hitzing nach dem Besuch der Abraumhalde 'Monte Kali' in Heringen.

» Wir wollten in Erfahrung bringen, wo die Menschen in Thüringen der Schuh drückt «

Thema des anschließenden Gesprächs im Rathaus mit dem Bürgermeister von Bad Salzungen war der Planungsstand zur B 62.

Der zweite Arbeitskreis besuchte unter Leitung des wirtschaftspolitischen Sprechers Thomas L. Kemmerich zunächst das Sägewerk Pollmeier in Creuzburg. Es gehe darum, solche innovativen Firmen über Thüringens Grenzen hinweg bekannter zu machen und in Netzwerken zu verankern, unterstrich der stellvertretende Bundesvorsitzende des Liberalen Mittelstandes Kemmerich. Dies sagte er auch und insbesondere hinsichtlich der Firmen, die im Besuchsprogramm folgten. Im Gespräch mit den Geschäftsführern der automotiv-thüringen e.V., Michael M. Lison, und

der Tesona GmbH, Heiko Lanzsch, wurde deutlich, dass der Wartburgkreis ein Automobilzulieferstandort ist, der bei weitem nicht nur auf Opel fokussiert ist.

Die für jedermann offene Fraktionssitzung im Kurhaus von Bad Salzungen stellte den Abschluss des Besuchstages dar. Natürlich waren für die Salzunger Gäste die lange schon diskutierten Straßenverbindungen B 19 und B 62 ein beherrschendes Thema. Heinz Untermann, der zuständige Landtagsabgeordnete, wie auch Uwe Barth hatten hier zwar keine Patentlösungen parat, bekräftigten aber ihre Zusage, das Engagement der Thüringer FDP für diese verkehrspolitischen Themen bei Land und Bund zu verstärken.

Breiten Raum nahm erwartungsgemäß die Diskussion zur Gebietsreform ein. Auch die Gäste steuerten Vorschlä-

ge und ihre eigenen Erfahrungen bei. So bestärkte der ehrenamtliche FDP-Bürgermeister von Diedorf/Rhön die Fraktion in ihrer Haltung, die Finger von einer Gemeindereform zu lassen. Ein Bad Liebensteiner Bürger lobte die Landes-FDP für ihre politische Arbeit. Er forderte für eine Gebietsreform ein klares, von klugen Köpfen erarbeitetes Konzept, das auf die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes abzielen müsse und nicht zum Spielball der Parteien werden dürfe. „Dass wir jedes Jahr wiederkommen, kann ich nicht versprechen“, sagte Uwe Barth angesichts der Vielzahl der zu besuchenden Kreise abschließend, „aber wir kommen auf jeden Fall wieder.“ *jp/rs*



Die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag lädt ein zur:

Fraktionssitzung vor Ort.

THÜRINGENgerecht
Kontakt + weitere Infos: www.thl-fdp.de



❖ Bürgernah, transparent, offen ...

Mittwoch, 9. Februar 2011
16.30 – 18.00 Uhr
Altenburg, Ratskeller
(Markt 1, 04600 Altenburg)

Um Anmeldung wird gebeten:
FDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt, Telefon: (0361) 377 27 00, Fax: (0361) 377 27
E-Mail: info@fdp-lt.thueringen.de

2011 kann ein gutes Jahr für die FDP werden

Thüringer Liberale ziehen nach Dreikönigstreffen grundsätzlich positives Fazit

Der Thüringer FDP-Chef Uwe Barth hat ein grundsätzlich positives Fazit des traditionellen Dreikönigstreffens der Liberalen in Stuttgart gezogen. „Wir haben eine ausgewogene Rede von Guido Westerwelle gehört“, sagte Barth, der auch Mitglied im Bundesvorstand der FDP ist. „Er hat zum einen die Erfolge der Regierungsarbeit dargestellt und zum anderen noch einmal ein emotionales Bekenntnis zu den liberalen Grundwerten abgelegt.“ Das sei auch so von der Partei erwartet worden.

Laut Barth gab es offenbar auch eine Aufgabenteilung zwischen den Rednern. „Vizekanzler Westerwelle hat für die Regierung, Fraktionschefin Homburger für das Koalitionshandeln und Generalsekretär Lindner für die Partei deutlich gemacht, dass es darauf ankommt, dass eine klare FDP-Handschrift in der Bundesregierung zu erkennen ist“. Notfalls müsse man den Willen der FDP auch gegen

» Es kann nicht sein, dass einer der Partner immer in die zweite Reihe geschoben wird «

den Koalitionspartner durchsetzen und dies auch deutlich machen. Das gelte insbesondere beim Thema Steuerpolitik – „wo es ja Vereinbarungen gibt“, so Barth –, aber auch beim Thema Bildung.

Es müsse der Union jedoch auch klar sein, dass Koalitionspartner ihre eigenen



Uwe Barth MdL und Patrick Kurth MdB beim Landesparteitag in Bad Langensalza.

Erfolge brauchen. „Es kann nicht sein, dass einer der Partner immer in die zweite Reihe geschoben wird“, sagte Barth. Homburger und Lindner hätten angekündigt, dass bei diesen Themen – wenn notwendig – in Zukunft auch ein etwas rauherer Wind in der Koalition wehen werde. In den Reden sei klar geworden, dass 2010 zwar ein nicht ganz so gutes Jahr für die FDP, aber ein gutes Jahr für Deutschland gewesen sei. Er sei zuversichtlich, dass 2011 sowohl ein gutes Jahr für Deutschland als auch für die FDP werden kann, so der Thüringer FDP-Chef. Guido Westerwelle habe bewiesen, dass er Wahlen gewinnen könne.

Der Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth erwartet jetzt „schnelle und konkrete“ Entscheidungen

der Bundesregierung. „Auf den Beifall der Opposition sollten wir nicht warten. Wichtiger ist, dass unsere Wähler sehen, dass wir unsere Wahlversprechen umsetzen“, sagte Kurth. Eine thematische Neuausrichtung der FDP halte er allerdings für „einen absoluten Nebenkriegsschauplatz, der von den eigentlichen Herausforderungen ablenkt“. Die FDP sei inhaltlich gut aufgestellt. „Steuervereinfachungen waren unsere Kernforderung im Wahlkampf. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir damit jetzt anfangen“, so Kurth.

Mit Blick auf aktuelle Berichte, wonach bereits beschlossene Steuervereinfachungen vom Bundesfinanzministerium verzögert würden, kündigte Kurth „parlamentarische Konsequenzen“ an. „Der Bundestag hat das letzte Wort“. ms

GEBURTSTAGE & JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG Walter Müller (70), Wilfried Wetzels (70), Hellmut Sorge (70), Herbert Franz (70), Ingeborg Rimpl (70), Michail Kukov (70), Bernd Hesse (70), Hartmut Thomas (60), H.-Christoph Wiemann (60), Helga Kahle (60), Lothar Schlag (60), Christiane Kössel (60), Helmut Baumgartel (60), Dietmar Wesser (60), Bernhard Pitzler (60), Lothar Eichhorn (60), Reinhard Bocker (60), Bernd Barche (60), Frank Jaquemoth (50), Klaus-Peter Gruhner (50), Heike Agel (50), Holger Koch (50), Sabine Wolff (50), Sibylla Bohn (50), Stefan Marx (50), Christian K.F. Uhle (50), Margitta Jahn (50), Holger Joseph (40), Birgit Taeger (40), Markus Schenkendorf (40), Alexander Schneeberg (30), Michel Becker (30), Gerhard Jahns (30), André Fuhrmann (30), Ludwig Schubert (25)

GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN Hans Schirmer, Martin Mölders, Dr. Thomas Nietzsche, Peter Krieg, Heike Blodig von Sternfeld, Frank-André Thies, Frank-Thomas Seyfarth, Mirko Klopffleisch, Karoline Walther, Siegfried Pabst, Günther Seidel, Holger Koch, Manuel Schöfski, Alexander Unger, Ralf Bahn, Birgit Taeger, Frank Linsel, W.-Ludger Schlotzhauer, Thomas Vollmar, René Holzberger, Dirk Bergner, Attila Flöricke, Uwe Frackowiak, Helmut Hammerschmidt, Franka Hitzing, Horst Grunert, Mario Strehl, Fred Leise. Alles Gute auch allen anderen 260 Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht aufgeführt werden konnten!

JÜNGSTE EINTRITTE FDP THÜRINGEN Inge Held, Jens Hammen, Marion Seidemann. Herzlich willkommen bei den Liberalen.



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Bulb fiction – Glühbirne bleibt Zankapfel

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Das Glühbirnenverbot ist in Kraft. Daran wird sich so schnell nichts ändern. In der eher nachrichtenlosen Vorweihnachtswoche wurden von Journalisten Meldungen aufgegriffen, die eigentlich keine waren: 'Europaabgeordnete fordern die Aussetzung des Glühbirnenverbots.' Späte Einsicht.

Als im Frühjahr 2009 die Gelegenheit war, das Verbot im Europäischen Parlament abzuwenden, war es nur eine handvoll für verrückt erklärter Abgeordneter – federführend der Autor dieses Beitrags – die das Verbot aufhalten wollten. Die grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms beschimpfte mich als Populisten, weil ich ein im Verwaltungsakt erlassenes Produktverbot einen unverhältnismäßigen Markteingriff nannte und als bevormundend bezeichnete.

In den vergangenen zwei Jahren wurden durch mehrere Studien die Kritiker des Verbots bestätigt. Insbesondere die Gesundheits- und Umweltrisiken des in

Energiesparlampen verwendeten Quecksilbers haben bei der Verbotsentscheidung überhaupt keine Rolle gespielt. Es ging ausschließlich um Energieeffizienz. Klimaschutz über alles! Vor dem Hintergrund, dass die EU in den vergangenen Jahren eine bisweilen übertriebene Risikovorsorge beim Umgang mit Chemikalien betrieben hat, ist das schwer nachvollziehbar. Schwermetalle wurden aus dem Automobilbau verbannt. Quecksilberhaltige Messinstrumente wurden in Europa verboten. Aber bei Energiesparlampen ist der Quecksilbereintrag in die Umwelt plötzlich unerheblich? Das ist kaum nachvollziehbar.

Um es deutlich zu machen: Ich bin nicht der Meinung, dass man das Quecksilberisiko übertreiben sollte. Wir sollten Produkte niemals politisch bewerten oder einer politischen Korrektheitsprüfung unterziehen. Das gilt für die klassische Glühbirne sowie für die Energiesparlampe. Der Glühbirnenfall zeigt: Es ist nicht Aufgabe der Politik den Bürgern vorzu-

schreiben, welche Produkte sie zu verwenden haben. Das kann jeder selbst entscheiden. Produktverbote sollten nur in Erwägung gezogen werden, wenn von diesen nachweislich akute Gefahren ausgehen. Das beste Produkt setzt sich am Markt durch. Das war bei der Entwicklung von der Pferdekutsche zum Automobil wie auch bei der Ablösung des Schallplattenspielers durch den CD-Player so. Neue Technik entwertet alte, ohne dass die Politik nachhelfen muss.

Es läge in der Hand vom EU-Kommissar Günther Oettinger das Glühbirnenverbot aufzuschnüren. Neue Informationen und Erkenntnisse, die damals noch nicht vorlagen, gibt es. Er hätte genug Argumente. Vielleicht sollte er besser das anstoßen, anstatt seine Administration an Öko-Design für Kaffeemaschinen und Duschköpfen arbeiten zu lassen.

HOLGER KRAHMER || MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 106158
60, RUE WIERZT | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU

Innovationsförderung bei KMU

Patrick Kurth organisierte hochrangiges Wirtschafts-Symposium

„Die staatliche Innovationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland ist ein sehr wichtiges und wirksames Instrument und sollte auch weiter auf hohem Niveau erhalten bleiben. Der Bund darf sich seiner Verantwortung in dieser Hinsicht nicht entziehen“, fordert der Thüringer FDP-Bundestagsabgeordnete und Sprecher für Aufbau Ost seiner Fraktion, Patrick Kurth.

Die Erhaltung und der Ausbau der Innovationsfähigkeit dieser Unternehmen sei für ihn der Schlüssel für einen nachhaltigen Aufschwung und eine Überwindung der Defizite in strukturschwachen Regionen, insbesondere in den neuen Bundesländern. Problematisch aus Sicht des Liberalen seien dabei vor allem die Sicherung der Innovationsfinanzierung, die Forschungsförderung und der absehbare Fachkräftemangel. Diese Gesichtspunkte standen auch im Mittelpunkt eines Symposiums zum Thema 'Innovationsfähige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – Zukunft für strukturschwache Regionen', das Kurth zusammen mit dem Verband Innovativer Unternehmen (VIU e.V.) im Deutschen Bundestag veranstaltet hat. Bei der Veranstaltung referierten und diskutierten prominente Mitglieder der FDP-Fraktion, Vertreter verschiedener Bundesministerien, Verbandsvertreter, Wissenschaftler und diejenigen, um die es geht: kleine und mittlere Unternehmer.

„Die Diskussionen waren sehr intensiv und gewinnbringend und boten den Akteuren eine gute Möglichkeit, ihre Anliegen und Forderungen den Entscheidungsträgern im Bundestag und den zuständigen Bundesministerien direkt vorzutragen. Dies war eines der wichtigs-



Unternehmer, Wissenschaftler, Politiker und Praktiker beim Wirtschaftssymposium in Berlin.

ten Ziele und Anliegen des Symposiums. Und diese wurden voll und ganz erfüllt“, erklärte Kurth.

So sei eines der Ergebnisse des Symposiums, dass die direkte Projektförderung (ZIM) auf hohem Niveau beibehalten werden sollte. Darüber hinaus seien weitere Fördermechanismen in Betracht zu ziehen, die vor allem auf noch nicht

» Der Bund darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen «

etablierte innovative Unternehmen abzielen und diese in der Frühphase von Innovationen unterstützen. Im Bereich Finanzierung müsse die Eigenkapitalausstattung mehr in den Vordergrund gerückt werden. „Hierfür müssen wir prüfen, ob der Bund die Rahmenbedingungen für Beteiligungs- und Wagniskapital verbessern kann“, sagte Kurth. „Schließlich muss unser Augenmerk auf der Sicherung des Fachkräftebedarfs liegen. Dazu ist eine bessere Vernetzung der Unternehmen vonnöten, um in gemein-

samer Kraftanstrengung die Attraktivität der Arbeitsplätze und der ganzen Region zu erhöhen. Damit können mehr gut ausgebildete Menschen zum Bleiben bzw. Zurückkehren bewegt werden.“

Auch gelte es, die Bildungssysteme noch weiter zu optimieren und beispielsweise die außer- und innerbetrieblichen Bildungsangebote besser mit dem Bedarf in den Regionen abzustimmen. Hier sei auch die Jugendförderung zu nennen, in deren Rahmen die jungen Menschen noch früher und umfassender mit den Ausbildungschancen ihrer Region vertraut gemacht werden sollten. Schließlich müsse das vorhandene Erwerbspotenzial noch besser ausgeschöpft und die 'weichen Standortfaktoren' der neuen Länder stärker hervorgehoben werden. „Insgesamt ist ein Umdenken in der Firmenkultur notwendig. Vonseiten der Politik können wir hier noch mehr anstoßen. Für meine weitere politische Arbeit habe ich jedenfalls aus der Veranstaltung einige Hausaufgaben mitgenommen und werde sie jetzt im parlamentarischen Prozess verstärkt verfolgen“, fasste Kurth den eigenen Handlungsauftrag zusammen.

Für die Zukunft plant Patrick Kurth weitere Veranstaltungen, bei denen 'Praktiker, Wissenschaftler und Politiker' zusammengebracht werden, um über neue Lösungswege für drängende Probleme nachzudenken. „Durch die gezielte Vernetzung relevanter Akteure finden sich schneller konkrete Ergebnisse, als wenn diese unabhängig voneinander vor sich hinarbeiten“, ist der Liberale überzeugt. Für entsprechende Anregungen zu bestimmten Themen sei er immer offen, so Kurth. ms

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3456482 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pak* | Matthias Purdel *pur* | Justus Lenz *jl* | Rüdiger Schwanz *rs*
Matthias Naggert *mn* | Ingo Reimann *ir* | Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd* | Robert-Martin Montag *rm* | Jürgen Ehrlich *je*
BEITRÄGE Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 2.500 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises
GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

